Protokoll über die Sitzung Ausschuss für Kultur der Stadt Wilhelmshaven
am Dienstag, 6. Februar 2018, 15:00 Uhr, Marinemuseum , Nr. 2/2018

Mitglied SPD-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzende Christina Heide
Ausschussvorsitzender Howard Jacques

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ausschussmitglied Michael Kunze
Ausschussmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussmitglied Antje Johanna Kloster
Ausschussmitglied Andreas Tönjes

Mitglied FDP-Fraktion

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

von der Verwaltung

Referatsleiterin Bürgerangelegenheiten, Recht und Kultur Marion Winkel-Fiedelak
Leiterin Kulturbüro Christina Voigt
Protokollführerin Julia van Offern

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert
Grundmandat Irina Moriße-Kappes

als Gäste

Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH Michael Diers
Leiterin des Küstenmuseums Dr. Christina Wawrzinek (ö. Teil)
Leiter der Kunsthalle Dr. Jürgen Fitschen (ö. Teil)
Leiter des Deutschen Marinemuseums Dr. Stephan Huck (ö. Teil)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen des Kulturausschusses vom 07.11.2017 sowie 05.12.2017	
4	Novemberrevolution 1918 - Sachstand Stelenweg Gast: Dr. Stephan Huck, Leiter des Deutschen Marinemuseums	
5	Vorlagen an den Rat	
5.1	Antrag "DIE LINKE": Umbenennung des Platzes, an dem sich der "Kaiser-Wilhelm-Brunnen" befindet, in „Köbis und Reichpietsch-Platz" (Gökerstraße/Rheinstraße).	**543/2017**
5.2	Antrag Gruppe GrünUnabhängigSozial: Veranstaltungen in Wilhelmshaven - Plastikreduziert für morgen	**503/2018**
5.3	Neuordnung der Kultur-/ Museumslandschaft	**25/2018**
5.3.1	Neuordnung der Kultur-/ Museumslandschaft	
5.3.2	Neuordnung der Kultur-/ Museumslandschaft	
6	Mitteilungen und Anfragen	
6.1	Kulturdenkmale - Luftbrückendenkmal am Berliner Platz	
6.2	Verein zum Erhalt Wilhelmshavener Baukultur e.V. - Vorstellung	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, eröffnete die Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest, und dankte Herrn Dr. Huck für die Einladung ins Marinemuseum. Er bat um Weitergabe des Dankes an den Vorstand.

2 Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, erläuterte, dass die Tagesordnung wie folgt geändert werden solle:

TOP 5.1 solle vorgezogen werden vor die Entscheidungen über die diversen Vorlagen.

Herr Tönjes beantragte im Folgenden das Vorziehen von TOP 4.3 auf Position 4.1. Als allgemeine Abwehr der Anwesenden deutlich wurde, beantragte **Herr Tönjes** sogleich die gesamte Absetzung des TOPes 4.3, da noch Beratungsbedarf bestehen

würde. Nach eingehender Diskussion über grds. noch bestehenden Beratungsbedarf, die Festlegung von Tagesordnungspunkten und Einbringung von Vorlagen im Zusammenhang mit der Geschäftsordnung des Rates und gesetzlichen Regelungen zwischen **Herrn Dr. von Teichman**, **Frau Kloster** und **Frau Winkel-Fiedelak** wurde im Folgenden über die Anträge zur Änderung der Tagesordnung wie folgt abgestimmt:

Beschluss: - einstimmig zugestimmt - bei 8 JA-Stimmen

TOP 5.1 wird zu TOP 4

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt - bei 2 JA-Stimmen und 6 NEIN-Stimmen

TOP 4.3 wird abgesetzt

Anschließend beantragte **Herr Tönjes**, TOP 7.3 aus dem nicht öffentlichen Sitzungsteil in den öffentlichen Teil zu verlegen, da keine Personalien, etc. besprochen werden würden. **Frau Glaser** äußerte ihr Unverständnis über das Vorgehen des Herrn Tönjes. Da Herr Tönjes trotz des Hinweises von **Frau Winkel-Fiedelak** auf die nicht im öffentlichen Teil der Sitzung zu besprechenden Aspekte des TOP 7.3 seinen Antrag weiterverfolgen wollte, zog **Frau Winkel-Fiedelak** den TOP 7.3 für die Verwaltung zurück und kündigte entsprechende Informationen soweit im öffentlichen Teil möglich unter dem TOP „Mitteilungen und Anfragen" an. Die Tagesordnung wurde insofern sodann mit den vorgenannten Änderungen festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen des Kulturausschusses vom 07.11.2017 sowie 05.12.2017

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, erfragte, ob es Anmerkungen zu den Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen des Ausschusses für Kultur am 07.11.2017 sowie 05.12.2017 gebe. Da dem außer positiver Resonanz von **Frau Kloster** und **Herrn Tönjes** nicht so war, wurde über beide Niederschriften getrennt abgestimmt wie folgt:

Beschluss: - einstimmig zugestimmt - bei 8 JA-Stimmen

Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 07.11.2017

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt - bei 6 JA-Stimmen und 2 Enthaltungen (wg. Abwesenheit bei der entsprechenden Sitzung)

Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 05.12.2017

4 Novemberrevolution 1918 - Sachstand Stelenweg
Gast: Dr. Stephan Huck, Leiter des Deutschen Marinemuseums

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, begrüßte erneut Herrn Dr. Huck und erteilte ihm das Wort.

Herr Tönjes wies darauf hin, dass der Ausschuss zunächst zustimmen müsse, dass Gäste überhaupt redeten. **Frau van Offern** wies darauf hin, dass die Tagesordnung, mithin auch der Vortrag durch Herrn Dr. Huck, mit dem Ausschussvorsitzenden abgestimmt worden sei, und dieser für den Ausschuss entscheide. Dies sei laut **Herrn Tönjes** nicht relevant. Es wurde sodann über den Antrag des Herrn Tönjes wie folgt abgestimmt:

Beschluss: - einstimmig zugestimmt - bei 8 JA-Stimmen

Rederecht für Herrn Dr. Huck

Herr Dr. Huck bedankte sich und stellte in seinem dann folgenden Vortrag den Planungsweg und aktuellen Stand der Realisierung des sog. Stelenweges/ Informationsparcours zur Novemberrevolution 1918 dar.

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, dankte Herrn Dr. Huck für dessen Vortrag und gab den Anwesenden Ausschussmitgliedern Gelegenheit für Nachfragen.

Frau Kloster erfragte mangels Erinnerung zunächst, ob der Rat überhaupt einen Beschluss zu dem Stelenweg gefasst habe, was ihr durch Dr. Huck und andere Anwesende nochmal bestätigt wurde. Ihr wurde im Folgenden auf weitere Nachfrage dargelegt, dass es sich um eine Zusammenarbeit des Deutschen Marinemuseums (DMM)/ Herrn Dr. Huck, mit einem Gestalterbüro und dem Kulturbüro unter Beteiligung anderer relevanter Fachbereiche der Stadtverwaltung und deren Eigenbetrieb TBW handele. **Frau Winkel-Fiedelak** erläuterte die grundsätzliche Idee. Sie erklärte, dass die Stelen durch einen Übernahmevertrag dann ins Eigentum der Stadt übergehen würden.

Herr Diers regte in Anbetracht der von Dr. Huck dargestellten Idee von Sonnenkollektoren die Installation von USB-Anschlüssen an. **Herr Dr. von Teichman** teilte seine Bedenken dazu mit, **Herr Tönjes** sah es genau gegenteilig.

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, dankte Herrn Dr. Huck nochmals für seinen Vortrag.

5 Vorlagen an den Rat

5.1 Antrag "DIE LINKE": Umbenennung des Platzes, an dem sich der "Kaiser-Wilhelm-Brunnen" befindet, in „Köbis und Reichpietsch-Platz" (Gökerstraße/Rheinstraße). **543/2017**

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, teilte mit, dass die SPD in Absprache mit den LINKEN zum Antrag Nr. 543/2017 einen Änderungsantrag formuliert habe. Den Inhalt des Änderungsantrages inkl. Begründung verlas er sodann. Nach einem Einwand von **Herrn Dr. von Teichman** bzgl. der historischen Zusammenhänge, gaben **Frau Glaser** sowie auch **Frau Kloster** und **Herr Tönjes** zu bedenken, dass man sich innerhalb der Fraktionen/ Gruppen über den Änderungsantrag nicht habe beraten können.

Die dann folgende Abstimmung über den Änderungsantrag der SDP zum Antrag Nr. 543/2017 hatte folgendes Ergebnis:

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt - bei 2 JA-/ 2 NEIN-Stimmen/ 4 Enthaltungen

Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag 543/2017 der Partei „Die Linke": Umbenennung des Platzes, an dem sich der „Kaiser-Wilhelm-Brunnen" befindet, in „Köbis und Reichpietsch-Platz" (Gökerstraße/ Rheinstraße)

Der Rat möge beschließen:

Der Platz des Denkmals für die Novemberrevolution (Matrosenaufstand) in der Größe von ca. 30m² bis 40m² gegenüber der Gaststätte Casablanca (früher: Elisenlust) wird in „Köbis- und Reichpietsch.Platz" umbenannt.

Begründung:

Der alte Rathausplatz hat für die Novemberrevolution weniger Bedeutung als der Platz gegenüber der Gaststätte Casablanca (früher: Elisenlust), zumal dort durch das geplante Denkmal auch der inhaltliche Zusammenhang besteht. Darüber hinaus sollte der Standort in der Nähe des alten Wilhelmshavener Rathauses für Bürger und Touristen als solcher erkennbar sein.

Sodann erfolgte die Abstimmung über den Antrag Nr. 543/2017 wie folgt:

Beschluss:

-mehrheitlich abgelehnt- bei 5 NEIN-Stimmen und 3 Enthaltungen

Antrag an den Rat zur Umbenennung des Platzes, an dem sich der „Kaiser-Wilhelm-Brunnen"befindet (Gökerstraße/Rheinstraße).

Der Rat möge beschließen:

Aus Anlass der Hinrichtung vor 100 Jahren der beiden Matrosen Albin Köbis und Max Reichpietsch benennt der Rat der Stadt Wilhelmshaven den Platz, an dem sich der „Kaiser-Wilhelm-Brunnen“ befindet, in „Köbis und Reichpietsch“-Platz um.

Begründung:

Köbis und Reichpietsch meldeten sich 1912 freiwillig zum Militärdienst in der kaiserlichen Kriegsmarine. Unter dem Eindruck eines dreijährigen Kriegsdienstes der Matrosen in Wilhelmshaven auf den Linienschiffen "Friedrich der Große" und „Prinzregent Luitpold“ wandelten sie sich zu überzeugten Kriegsgegnern. Zusammen mit Kameraden, Willy Sachse und Hans Beckers sowie dem Matrosen Wilhelm Weber organisierten sie eine Bewegung zur raschen Beendigung des Krieges. Im Marinestandort Wilhelmshaven kam es zu zahlreichen Befehlsverweigerungen auf mehreren Kriegsschiffen, in deren Folge etwa 400 Matrosen ihre Schiffe verließen und gemeinsam mit Werftarbeiterinnen und Werftarbeitern für Frieden und sofortige Beendigung des Krieges demonstrierten.

Die Beteiligung K.s und R.s an der Vorbereitung dieser Erhebung Ende Juli 1917 war Anlass der Verhaftung durch die Militärjustiz und spätere Verurteilungen zum Tode. Beide wurden am 5. September 1917 in Köln-Wahn erschossen.

Sowohl in der Einwohnerschaft als auch bei der Mehrheit der Angehörigen des größten Standortes der Bundesmarine dürften die Personen und die historischen Ereignisse um sie herum von vor 100 Jahren weitgehend unbekannt sein. Die Benennung eines Platzes nach Albin Köbis und Max Reichpietsch, 100 Jahre nach ihrer Hinrichtung durch die Militärjustiz, sollte als ein Beitrag positiver Erinnerungskultur in der Marinestadt Wilhelmshaven gesehen werden.

Gerade im Hinblick auf die ungebrochene große militärische Bedeutung Wilhelmshavens kann ein Bezug auf K. und R. auch als Ausweis der demokratischen und friedlichen Haltung der Wilhelmshavener Bürgerinnen und Bürger und ihrer politischen Vertreter und Vertreterinnen im Rat der Stadt gelten.

Anlässlich der aktuellen Debatte zur Neufassung des Traditionserlasses in der Bundeswehr macht der Rat mit der öffentlichen Würdigung den lokalen Vertreterinnen und Vertretern der Bundesmarine am Standort Wilhelmshaven das Angebot, die Erinnerung an das Schicksal dieser Matrosen der kaiserlichen

Marine in ihre Traditionslinie einzupflegen.

5.2 Antrag Gruppe GrünUnabhängigSozial: Veranstaltungen in Wilhelmshaven - Plastikreduziert für morgen **503/2018**

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, rief den Antrag Nr. 503/2018 auf.

Frau Kloster verlas sodann den Originalantrag. Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, teilte seine Verwunderung darüber mit, dass dieser Antrag überhaupt im Ausschuss für Kultur zur Beratung eingereicht worden sei. Er meine auch, dass im Umweltausschuss ein Änderungsantrag besprochen worden sei, dem auch zugestimmt worden sei. Er verlas den Wortlaut.
Sowohl **Herr Dr. von Teichman** als auch **Frau Kloster** konnten dies bestätigen. **Frau Kloster** teilte jedoch mit, dass sie zu dem vorgenannten Änderungsantrag nunmehr einen weiteren Änderungsantrag geschrieben habe, der die Aussage des ersten Änderungsantrages aufgreife. Sie verlas sodann den zweiten Änderungsantrag.
Hierzu teilte **Herr Dr. von Teichman** seine Bedenken mit, die von **Frau Glaser** geteilt wurden. Sie ging davon aus, auch für die Herren Kunze und Lietzmann zu sprechen, die keine Einwände erhoben. **Frau Kloster** erläuterte die im Umweltausschuss erhobenen Einwände gegen den ersten Änderungsantrag. Nach eingehender Diskussion auch unter Stellungnahme von **Frau Winkel-Fiedelak** zu den rechtlichen Aspekten einer Gewährung von Ausnahmen bei bestehenden Verträgen sowie Hinweis von **Frau Heide**, dass grds. durch den Änderungsantrag zunächst ein Konzept gefordert werde, wies **Herr Diers** auf die Wichtigkeit des Themas hin, gab aber auch die Folgen solcher Entscheidungen zu bedenken. Die Bearbeitungsdauer wurde durch **Herrn Kunze** erfragt. **Frau Winkel-Fiedelak** nahm dazu Stellung.

Nach weiterer Abwägung von Argumenten **Herrn Dr. von Teichmans, Herrn Tönjes** und **Frau Glaser** wurde über den zweiten Änderungsantrag, den **Frau Kloster** unter Berücksichtigung der Ergebnisse der vorangegangenen Diskussion nochmals wie folgt abänderte und vortrug, wie folgt abgestimmt:

Beschluss:

-geänderter Beschlussvorschlag-

- mehrheitlich abgelehnt – bei 2 JA- und 6 NEIN-Stimmen

Thema: Veranstaltungen in Wilhelmshaven – Plastikreduziert für morgen

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein „Konzept zur Reduzierung von

Plastikabfällen für Veranstaltungen im öffentlichen Raum“ zu erstellen. Dieses ist den städtischen Gremien bis zum Juni 2018 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Städtische Satzungen sind bis Ende 2018 an das beschlossene Konzept anzupassen.

Begründung:

Als Küstenstadt stehen wir in besonderer Verantwortung gegenüber unserer Umwelt. Unsere Forschungs- und Bildungseinrichtungen hier vor Ort mahnen die Vermüllung der Meere schon lange an. Den Plastikkonsum auf Veranstaltungen auf ein Minimum zu reduzieren ist ein Weg, dem globalen Problem der Ressourcenausbeutung und Vermüllung etwas entgegenzusetzen.

Es erfolgte sodann die Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, den der Vorsitzende, **Herr Jacques**, ebenfalls nochmals vortrug wie folgt:

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt – bei 7 JA-Stimmen und 1 Enthaltung

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Sommer 2018 ein Konzept zu entwickeln, wie in Zukunft Kunststoffmüll in bei öffentlichen Veranstaltungen vermieden werden kann.

Einer von **Frau Kloster** für korrekt angenommenen Erforderlichkeit der Abstimmung über den ursprünglichen Antrag Nr. 503/2018 wurde durch den Vorsitzenden, **Herr Jacques**, eine Absage erteilt. Durch den eigenen Änderungsantrag sei der ursprüngliche Antrag nichtig geworden.

5.3 Neuordnung der Kultur-/ Museumslandschaft **25/2018**

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, wies darauf hin, dass die Punkte 1.) und 2.) der Beschlussvorlagen-Nr. 25/2018 getrennt behandelt werden sollten. Er verlas im Folgenden Punkt 1.).

Herr Dr. von Teichman bat um vorherige Diskussion und verlas im Folgenden einen Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Im Folgenden stellte er seine Bedenken und Fragen in Bezug auf die Stiftung von Beginn der Stiftungsdiskussion an dar. Grds.

spräche nichts gegen eine Stiftung, aber es müsse z. B. auch die aus seiner Sicht viel zu komplizierte Satzung ohnehin komplett angepasst werden. Zudem hänge auch eine Stiftung komplett vom Kernhaushalt der Verwaltung ab. Man könne auch überlegen, alles bei der WTF zu lassen oder auch alles beim Kulturbüro der Stadt anzudocken. Das „Modell Stiftung" sei nach so langer Zeit untauglich geworden. **Herr Dr. von Teichman** bat darum, seinem Änderungsantrag zu folgen.

Herr Tönjes teilte mit, dass ihn – bevor er ggf. einen Änderungsantrag stelle - interessieren würde, wie bspw. der Verein der Kunstfreunde zu dem Thema stehe. Dies würde er gerne im Rahmen einer Anhörung z. B. der im Publikum anwesenden Mitglieder des Vereins machen.

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, wies darauf hin, dass die Gründung einer Stiftung seinerzeit beschlossen worden sei und der Verein der Kunstfreunde sicherlich zu dem Thema sprechen könne. Man wisse aber trotz der langen Zeit seit Beschlussfassung die genaue Ausgestaltung doch noch gar nicht. Insofern sei alles eher spekulativ. Seines Wissens nach habe der Leiter der Kunsthalle, Herr Dr. Fitschen, geäußert, dass er die Stiftung grds. richtig fände.

Im Folgenden wurde die Erteilung des Rederechts an den im Publikum Anwesenden Vorsitzenden des Vereins der Kunstfreunde e.V., Herrn Christoph Goritz, mehrheitlich beschlossen. **Herr Goritz** trug sodann entsprechend vor. Er verwies auf andere Stiftungen und präsentierte die Idee zweier von ihm sog. schlanker Stiftungen anstelle einer Dachstiftung, da die jeweilige Stiftung spezifisch auf die Häuser zugeschnitten sein sollte. Die Leiter der beiden Institutionen seien auch direkt Personal der Stiftungen und würden sich gegenseitig im Vorstand vertreten. Er wies darauf hin, dass aber auch diese Idee nicht von allen Mitgliedern des Vereins der Kunstfreunde geteilt werde.

Frau Winkel-Fiedelak machte im Folgenden eine rechtliche Anmerkung. Sie erklärte, dass das Thema schon Gegenstand des Gespräches mit Frau Dr. Wawrzinek und Herrn Dr. Fitschen im November 2017 gewesen sei, ebenso wie auch in einem Gespräch des Ersten Stadtrats, Herr Stoffers, in einem Gespräch mit Herrn Bauermeister. **Frau Winkel-Fiedelak** wies ausdrücklich darauf hin, dass die Errichtung einer Stiftung mit einer Durchführungs-GmbH nicht Idee der Stadt war, sondern vielmehr durch die Stiftungsaufsicht Oldenburg auferlegt wurde. Man haben sich auch eine Stiftung in Lüneburg angesehen, bei der drei Häuser vereint wurden: dort habe die Stiftungsaufsicht Lüneburg keine solchen Bedenken geäußert. Man könne grds. natürlich auf Grund der neuen Situation in eine neue Diskussion mit der Stiftungsaufsicht einsteigen. Bedenken **Herrn Dr. von Teichmans** gegen die Richtigkeit der Auferlegung durch die Stiftungsaufsicht Oldenburg erteilte **Frau Winkel-Fiedelak** eine klare Absage und bestätigte die Richtigkeit ihrer Ausführungen.

Im Rahmen der sich weiter anschließenden Diskussion mit Beiträgen von **Dr. von Teichman**, **Frau Kloster** und **Herrn Diers** wurde ein Rederecht durch den im

Publikum anwesenden Herrn Dr. Fitschen angeregt, welcher jedoch davon keinen Gebrauch machen wollte. **Herr Diers** bestätigte in der Diskussion die Ausführungen von Frau Winkel-Fiedelak dazu, dass die Stiftungsaufsicht Oldenburg die Verpflichtung zu einer Durchführungs-GmbH eingearbeitet habe. Seiner Meinung nach sollten sich alle Handelnden zusammensetzen und überlegen, was jetzt zu tun sei, zumal derzeit die WTF noch beide zur Rede stehenden Institutionen mit den jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern habe und der Haushalt stehe.

Der im Publikum anwesende **Herr Bauermeister** führte zur Idee zweier sog. schlanker Stiftungen aus.

Frau Kloster stellte dar, dass sie sich nicht ausreichend informiert fühle über alle Möglichkeiten/ Optionen, da sie erst neu im Rat sei, nachdem der Grundsatzbeschluss zur Stiftung noch vom alten Rat gefällt worden sei. Sie könne so keine Entscheidung treffen. **Frau Glaser** teilte diese Ansicht. Sie teilte mit, dass sie persönlich eine Stiftung gut finde. Die Vorlage sollte aber überarbeitet werden – ein Zurückziehen sei vorliegend im Ausschuss für Kultur nicht möglich. **Herr Tönjes** beantragte sodann die Vertagung.

Frau Winkel-Fiedelak wies darauf hin, dass der Vorschlag des Vereins der Kunstfreunde e.V. dem Kulturbüro nicht vorgelegen habe, so dass dieser auch nicht miteinbezogen werden konnte. Es gehe der Verwaltung vorrangig darum, ob man bei der Idee einer Stiftung bleibe oder nicht. Alles Weitere könne man danach prüfen. Alle Arbeiten im Zusammenhang mit der Gründung einer Stiftung, die dann doch abgelehnt würde, würden unnötige nicht vorhandene Personalressourcen binden.

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, ließ über den Antrag des Herrn Tönjes auf Vertagung abstimmen mit folgendem Ergebnis:

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt – bei 3 JA-Stimmen/ 3 NEIN-Stimmen/ 2 Enthaltungen

Vertagung der Beschlussvorlagen-Nr. 25/2018

Herr Tönjes stellte sodann einen Änderungsantrag, den er verlas. Alle Anwesenden waren sich einig, über diesen Änderungsantrag nicht sofort entscheiden zu können.

Herr Dr. von Teichman wies auf rechtliche Bedenken zu Punkt 3. des Änderungsantrages des Herrn Tönjes hin. Zudem teilte er mit, dass sich ihm die Sinnhaftigkeit von zwei Stiftungen anstelle von einer nicht erschließe, schon gar nicht, wenn beide Führungen personenidentisch wären. Der Sinn einer solchen Stiftung, mehrere Institutionen unter einer Führung zusammenzufassen, wäre ja nicht mehr gegeben.

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, ließ sodann über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen mit folgendem Ergebnis:

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt – bei 2 JA-Stimmen/ 5 NEIN-Stimmen/ 1 Enthaltung

Der Rat möge beschließen:

1. Die Gründung einer „Kulturstiftung Wilhelmshaven“ wird nicht weiter verfolgt. Die entsprechenden Beschlüsse des Rates aus dem Jahre 2016 werden aufgehoben.
2. Die Planungen für einen eventuellen Neubau der Kunsthalle am Bontekai und sonstige Bestrebungen der Verlagerung der Kunsthalle werden abgebrochen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die aus der Umsetzung von 2. Sich ergebenden finanziellen Spielräume für die Neugestaltung der Ausstellung im Küstenmuseum auch im Hinblick auf das Jubiläumsjahr 2019 zu nutzen.
4. Die vorhandenen Pläne zur Ergänzung und Erweiterung der Kunsthalle am Adalbertplatz werden umgehend vorgestellt und umgesetzt.

Begründung:

zu 1.: Die „Kulturstiftung Wilhelmshaven“ ging von einer Beteiligung des Wattenmeerhauses aus. Nach dessen Absage bleiben zwei Institutionen übrig, deren Zukunft nicht von der Aufnahme in eine Stiftung abhängen, sondern von ausreichenden personellen und finanziellen Mitteln. Diese sollten jetzt ohne weitere Verzögerung bereitgestellt werden.

zu 2.: Ein 6-7 Mio. € kostender Neubau einer Kunsthalle am Bontekai ist in naher Zukunft nicht zu verwirklichen. Weder stehen die finanziellen, noch die personellen Mittel bei GGS zur Verfügung. Das Weiterverfolgen dieser Planungen führt ausschließlich dazu, dass investive und personelle Maßnahmen sowohl bei der Kunsthalle wie auch beim Küstenmuseum um Jahre verzögert werden. Daneben würden sich weitere erhebliche finanzielle Belastungen durch die Innengestaltung einer neuen Kunsthalle ergeben. Weder sind inhaltliche, noch personelle Ressourcen für Nutzung der zu erwartenden deutlich größeren Räume auf absehbare Zeit vorhanden.

zu 3.: Hingegen ist es erforderlich, die in die Jahre gekommene Ausstellung im Küstenmuseum zu erneuern. Daneben ist die Fläche im 1. OG derzeit

ohne Inhalt. Für das Jahr 2019 sollte eine Ausstellung geplant werden, die das Jubiläumsjahr Wilhelmshavens angemessen würdigt.

zu 4.: Die Kunsthalle am Adalbertplatz ist für die Größe und die Ressourcen Wilhelmshavens völlig ausreichend. Gewisse Ergänzungen am Bau sind jedoch wünschenswert. Entsprechende Pläne liegen vor, sollten so schnell wie möglich in die Gremien gegeben und umgesetzt werden.

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, stellte im Folgenden eine Verständnisfrage an Frau Winkel-Fiedelak, ob man - wenn man den Punkt 1.) der Beschlussvorlagen-Nr. 25/2018 heute so verabschieden würde – weiterhin in der Lage sei, weiterhin mit dem Kulturbüro und den Vereinen und der Politik und der WTF weiterhin Gespräche zu führen, um die Stiftung in eine Richtung zu führen, wo es allen gerecht werde, d.h., wo man einen Kompromiss findet, der irgendwo alle befriedigen könnte. Diese Möglichkeit müsse doch bestehen.
Frau Winkel-Fiedelak schlug vor, die Verwaltung zu beauftragen, eine neue Satzung zu entwickeln und vorzulegen.

Herr Dr. von Teichman teilte nochmals seine Ansicht mit, dass die Stiftungsaufsicht keine Vorschriften machen könnte. Diese Ansicht musste **Frau Winkel-Fiedelak** jedoch erneut korrigieren.

Frau Glaser sprach sich dafür aus, Punkt 1.) der Beschlussvorlagen-Nr. 25/2018 mit einem Zusatz zur Ausarbeitung einer neuen Satzung zuzustimmen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden, **Herr Jacques**, ob Herr Tönjes seinen Änderungsantrag damit zurücknehme, was dieser nicht tat, erfolgte nach erneutem Vorlesens durch Herrn Tönjes die Abstimmung über dessen Änderungsantrag wie folgt:

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt – bei 1 JA-Stimme/ 6 NEIN-Stimmen/ 1 Enthaltung

Der Rat möge beschließen:

1. Die mit Datum vom 22.06.2016 beschlossene Kulturstiftung Wilhelmshaven würde lediglich das Küstenmuseum und die Kunsthalle beinhalten. Der diesbezügliche Beschluss vom 22.06.2016 (s. Vorlagen-Nr. 183/2016) wird entsprechend aufgehoben.
   An ihre Stelle treten zwei Stiftungen, die „Stiftung Kunsthalle Wilhelmshaven“ und die „Stiftung Küstenmuseum“. Die Verwaltung wird damit beauftragt, die Gründung der Stiftungen

vorzubereiten. Die Vorschläge der Kunstfreunde dient als Grundlage!

2. Die noch offenen Punkte sind damit hinfällig.

3. Eine Standortentscheidung oder gar eine Zusammenlegung zu entscheiden ist damit Aufgabe der Stiftungen.

Begründung:

Ich finde es höchst bedenklich, dass sich die Solidarität unter den Museen in dieser Stadt scheinbar in den Grenzen ihrer Häuser bewegt. Dass sich die seinerzeit vom Rat der Stadt beschlossene Stiftung nicht durchsetzen konnte, hat sicherlich und zuallererst aber mit der Methode der Umsetzung zu tun. Eine Stiftung zu etablieren ist sinnvoll, doch so unterschiedlich ausgerichtete Häuser unter ein Stiftungsdach vereinen zu wollen scheitert bereits an den Grundsätzen der Häuser.

Die Kunst- und Kulturlandschaft der Stadt Wilhelmshaven ist zunehmend zum Spielball politischer Kräfte geworden. Hier müssen wir handeln und zukünftig verhindern, dass Erschütterungen in der politischen Landschaft auch die Kulturlandschaft treffen und ihr fragiles Werk weiteren beträchtlichen Schaden zufügen. Das Modell einer Stiftung ist hierfür bestens geeignet, fungiert eine Stiftung doch als Schwingungsdämpfer. Auch erscheint eine Zusammenlegung an einem Ort auf den ersten Blick sehr reizvoll, doch es wäre ein rein wirtschaftlicher Blick, der gerade bei Kunst und Kultur nicht zweckmäßig sein kann. Ein Museum für historische Fakten wird nicht in der Lage sein, Bildende Kunst in einer Weise auszustellen und zu betreuen, wie es die Kunsthalle könnte. Und Gleiches gilt umgekehrt.
Auch muss bedacht werden, dass durch die Gründung von Stiftungen beispielshaft die Hürden für Zustiftungen, hier will ich den Namen Fettig nochmals in Erinnerung rufen, sehr viel niedriger liegen. Solche Zustiftungen sind mit Geld nicht zu beziffern.

Im Anschluss sollte über Punkt 1.) der Beschlussvorlagen-Nr. 25/2018 abgestimmt werden. Es stand jedoch die Frage im Raum, ob der vorher während der Diskussion besprochene Zusatz noch ausformuliert werden müsse. **Herr Tönjes** beantragte daher die Unterbrechung der Sitzung, bis die Verwaltung den Zusatz ausformuliert habe. Über diese Antrag auf Unterbrechung wurde wie folgt abgestimmt:

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt – bei 1 JA-Stimme/ 6 NEIN-Stimmen

Unterbrechung der Sitzung

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, erteilte der Verwaltung sodann im Namen des Ausschusses folgenden Auftrag:
„Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Gespräche zu führen mit den Vereinen, dem Küstenmuseum, dort entsprechend sich einzubringen im Kulturbüro und mit der WTF."
[*Anm. der Protokollführerin: Gemeint war:"...weitere Gespräche zu führen mit der Kunsthalle und dem Küstenmuseum sowie dem Verein der Kunstfreunde e.V. und dem Verein zur Erhaltung und Förderung des Küsten-Museums e.V. zusammen mit dem Kulturbüro und der WTF bzgl. der Ausformulierung der neuen Satzung"]*

Frau Glaser erklärte sich bereit, die Ausformulierung und Einbringung des vorgenannten Zusatzes zur betreffenden Sitzung des Verwaltungsausschusses vorzunehmen.

Sodann erfolgte die Abstimmung über Punkt 1.) der Beschlussvorlagen-Nr. 25/2018 mit vorgenanntem Zusatz wie folgt:

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt – bei 5 JA-Stimmen/ 3 NEIN-Stimmen

Der Rat möge beschließen:

1.) Die mit Datum vom 22.06.2016 beschlossene Kulturstiftung Wilhelmshaven wird lediglich das Küstenmuseum und die Kunsthalle beinhalten. Der diesbezügliche Beschluss vom 22.06.2016 (s. Vorlagen-Nr. 183/2016) wird entsprechend abgeändert.

Begründung:

Mit Beschluss vom 18.11.2015 wurde die Verwaltung beauftragt, die Gründung einer Kulturstiftung Wilhelmshaven vorzubereiten. In der Stiftung sollten die Kunsthalle, das Küstenmuseum sowie das UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum zusammengeführt werden. In einer Folgesitzung vom 22.06.2016 wurde alsdann nach Maßgabe des Rahmenbeschlusses zur Kulturentwicklung in Wilhelmshaven (Vorlagen-Nr. 186/2016) beschlossen, dass

a) die Kulturstiftung Wilhelmshaven errichtet wird,

b) ein Museumsstandort Weserstraße/ Bontekai geplant wird,

c) die operative Umsetzung der Ratsbeschlüsse zur kulturellen Entwicklung in Wilhelmshaven ab dem 01.07.2016 von der Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH (WTF) durchgeführt wird,

d) die Jahnhalle Weserstraße 58 durch die Stadt angekauft wird,

e) eine Ausstellungserneuerung des UNESCO-Weltnaturerbe

Wattenmeer Besucherzentrums erfolgt,

f) die Standortentscheidung der Kunsthalle nach abgestimmter Planung entschieden werden soll.

Der Ankauf Weserstraße 58 wurde zwischenzeitlich vollzogen. Auch die Ausstellungserneuerung für das UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum ist auf den Weg gebracht. Offen ist bislang die Museumsplanung Weserstraße/ Bontekai sowie die Standortplanung für die Kunsthalle.
Der städtische Antrag auf Beitritt hat im Vorstand des Trägervereins des UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrums keine Mehrheit gefunden. Da die Stadt über keine Mehrheit in diesem Gremium verfügt, kann dieser Beschluss auch nicht durch eine Ratsentscheidung beeinflusst werden.

Da für Kultureinrichtungen vielfältige Fördergelder und Drittmittel akquiriert werden können, die jedoch oft an die Voraussetzung einer gemeinnützigen Betreiberschaft gebunden sind (z.B. Stiftung Niedersachsen), ist es notwendig, die oben genannten Kultureinrichtungen in eine gemeinnützige Betreiberschaft zu bringen.

Nunmehr rief der Vorsitzende, **Herr Jacques**, Punkt 2.) der Beschlussvorlagen-Nr. 25/2018 auf und verlas diesen.

Herr Dr. von Teichman stellte seine Ansichten zu den in Punkt 2.) genannten Aspekten dar. Seiner Meinung nach sei es aber nie Sache der WTF gewesen, die Planungen für den Bontekai zu übernehmen. Die Kunsthalle sei so wie sie sei vollkommen ausreichend für Wilhelmshaven, ggf. mit einem Anbau für ein Archiv und ein Café. Derartig Pläne gebe es bereits bei GGS. Ein Neubau müsste ja auch zu füllen und zu finanzieren sein. **Herr Tönjes** sprach sich gegen eine Zusammenlegung an einem Standort aus. Bei zwei Institutionsleitern an einem Standort bestünde immer die Gefahr, dass die Politik entscheide, eine Leitungsstelle einzusparen. **Herr Kunze** teilte mit, sich auf Grund der Kurzfristigkeit überfordert zu fühlen. Man habe sich nicht besprechen können. Er würde sich daher enthalten. **Herr Diers** sah beide Einrichtungen als zuletzt vernachlässigt. Die Kunsthalle aufzugeben, halte er auch für falsch. Eher ein neuer (zusätzlicher) Standort, aber keine Zusammenlegung beider Häuser an einem Ort. Man wolle ja mehr Menschen nach Wilhelmshaven locken.

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, merkte an, dass es derzeit wie bereits in der heutigen Sitzung mehrfach klar geworden ist, keine Planungen gebe. Nach seiner Rücksprache mit GGS könne vor 2023 ohnehin nichts erledigt werden. Diesen Zeitrahmen sah **Herr Dr. von Teichman** sehr negativ. Es müsse in beiden Häusern investiert werden. Eine neue Leitung wie im Küstenmuseum müsse doch planen können. Sie säße dort und wüsste nicht, was sie machen solle. Sie brauche eine

klare Perspektive. In der Gesellschafterversammlung der WTF sei klargestellt worden, dass Geld für die Ausstellung erst zur Verfügung gestellt werde, wenn die Überlegungen/ Planungen für einen Neubau abgeschlossen wären. Dies würde nach der Beschlussvorlage bedeuten, dass das gesamte Jahr 2018 verlorengehe. In diesem Zusammenhang erfragte **Frau Voigt**, wofür der im Wirtschaftsplan der WTF für 2018 unter dem Punkt Honorare und Auftragskosten beim Küstenmuseum zusätzlich hinzugekommene Betrag in Höhe von 50.000 € verwendet und eingesetzt werde und warum bzw. wer oder was die Leiterin des Küstenmuseums wie vorab geschildert von der Planung abhalte. **Herr Diers** entgegnete, dass Frau Dr. Wawrzinek natürlich planen könne. Auf nochmalige Nachfrage, wofür die 50.000 € seien, antwortete **Herr Diers**, diese seien für die Neukonzeption der Ausstellung. Jedoch bringe die Neukonzeption nichts, wenn sie nicht umgesetzt würde. **Frau Voigt** erfragte, ob die Honorare dann an ein Gestaltungsbüro gingen. **Herr Diers** erläuterte, das sei im Augenblick die Diskussion der WTF mit Frau Dr. Wawrzinek. Sie gehe da ran und würde wahrscheinlich auch mit einem Gestaltungsbüro darüber reden, aber wenn es ggf. Ende des Jahres ein Konzept gebe, gebe es kein Geld mehr für die Umsetzung.

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, erfragte, ob die im Publikum anwesende Frau Dr. Wawrzinek sich äußern wollte, was diese sodann tat. **Frau Dr. Wawrzinek** erläuterte, dass - bevor man einen Gestalter anheuere, der ein Konzept umsetzen solle - man zunächst ein Konzept brauche. Insofern müsse man die Reihenfolge einhalten. Man werde mit dem Geld nun eine neue Ausstellung vorbereiten – dies könne man so oder so. Selbst wenn es nachher ein ganz anderes Gebäude sein sollte, könne man natürlich inhaltlich anfangen, ein Konzept vorzubereiten. Nur sei man irgendwann an einem Punkt, an dem man sich ein Raumkonzept überlegen müsse. Und dann sei es wichtig zu wissen, ob nochmal umgebaut würde. Man bereite in diesem Jahr vor, soweit man könne, dafür nutze man das Geld. Das Raumkonzept und einen Gestalter anzuheuern, ginge aber ja nochmal darüber hinaus. Aber irgendwann komme man an einen Punkt, an dem man ohne das Raumkonzept zu kennen, an eine Grenze stoße.
Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, erfragte, ob es helfen würde, wenn man GGS sagen würde „mach mal“, ob es dann gehen würde mit der Umgestaltung des jetzigen Küstemuseums ohne Anbau ohne alles oder ob man schon mit Anbau plane. **Frau Dr. Wawrzinek** erläuterte, dass sie das jetzige Küstenmuseum ohne Anbau plane. Da jedoch der mögliche Anbau immer wieder im Gespräch sei, denke sie immer wieder, sie würde das Haus gerne bespielen, aber vielleicht sehe es dann nicht mehr so aus. Wenn beschlossen würde, der Anbau würde erstmal auf absehbare Zeit nicht kommen, dass wäre es für sie der Startschuss zu sagen, dann könne man den Raum gestalten und auch ein Raumkonzept zu entwerfen. Dann müsse auch ein Zeitplan erstellt werden. Dann werde auch Geld über einen längeren Zeitraum benötigt.

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, stellte sodann Punkt 2.) der Beschlussvorlagen-Nr. 25/2018 zur Abstimmung mit folgendem Ergebnis:

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt – bei 2 JA-Stimmen/3 NEIN-Stimmen/3 Enthaltungen

Der Rat möge beschließen:

2.) Die noch offenen Punkte b) Planung eines Museumsstandortes Weserstraße/ Bontekai und f) Standortentscheidung Kunsthalle gemäß Beschlussvorlagen-Nr. 186/2016 werden entgegen Punkt c) nicht durch die Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH (WTF), sondern durch die Stadt (federführend Kulturbüro mit GGS - Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven -) in Zusammenarbeit mit den Leitern der Museen und dem Ausschuss für Kultur erarbeitet. Ziel ist eine Standortentscheidung bis Ende 2018 nach abgestimmter Planung.

Frau Heide stellte im Folgenden einen durch die SPD-Fraktion entwickelten Punkt 3.) zur Beschlussvorlagen-Nr. 25/2018 wie folgt vor:

„3.) Es erfolgt eine sofortige Ausschreibung der Stelle der Leitung der Kunsthalle durch die Stadt."

Es schlossen sich Beiträge von **Frau Glaser** und **Herrn Diers** sowie **Frau Winkel-Fiedelak, Frau Heide** und **Herrn Jacques** an dazu, dass eine Ausschreibung derzeit nicht durch die Stadt, sondern wenn durch die WTF erfolgen könne und müsse. Eine Zusammenarbeit mit dem Kulturbüro, auch die Anwesenheit in etwaigen Bewerbungsgesprächen, wurde allgemein positiv gesehen. Auf Grund der allgemein aber auch geäußerten Unklarheiten und Bedenken wurde der Antrag auf Ergänzung des Punktes in der Beschlussvorlagen-Nr. 25/2018 von der SDP-Fraktion zurückgezogen bzw. für nicht gestellt erklärt.

Frau Winkel-Fiedelak erklärte, dass sich die Verwaltung bis zur Sitzung des Verwaltungsausschusses zu diesem Aspekt nochmal Gedanken machen würde.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Kulturdenkmale - Luftbrückendenkmal am Berliner Platz

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, erteilte Frau Winkel-Fiedelak das Wort.

Frau Winkel-Fiedelak erläuterte die Mitteilung des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege, dass das sog. „Luftbrückendenkmal" am Berliner Platz nach dessen Erkenntnis und Bewertung ein Baudenkmal sei. Vom Landesamt sei der Stadt Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden. Dies würde Frau Winkel-Fiedelak vorliegend im Ausschuss zur Diskussion stellen wollen. Sie

ergänzte die Information der städtischen Sachbearbeiterin Denkmalpflege des Amtes für Umweltschutz und Bauordnung, wonach die Baudenkmaleigenschaft nicht gegen eine etwaige Verbringung des Denkmals bei ggf. zukünftig notwendig werdenden Baumaßnahmen im Straßenbild spreche.

Der Ausschuss nahm zustimmend Kenntnis von der Absicht des Landesamtes für Denkmalpflege.

6.2 Verein zum Erhalt Wilhelmshavener Baukultur e.V. - Vorstellung

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, rief den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Winkel-Fiedelak erläuterte, dass die Vorstellung des Vereins zum Erhalt Wilhelmshavener Baukultur e.V. nicht wie angekündigt in der heutigen Sitzung, sondern voraussichtlich in der Sitzung des Ausschusses für Kultur im März 2018 stattfinden solle. Irrtümlich war dieser Punkt nicht bereits bei der Feststellung der Tagesordnung abgesetzt worden. **Frau Winkel-Fiedelak** informierte darüber, dass bereits erste sehr gute Gespräche mit dem Verein erfolgt seien.

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, teilte im weiteren Sitzungsverlauf mit, soeben noch eine E-Mail mit einem Foto des Gotthilf-Hagen-Denkmals erhalten zu haben, das vollkommen grün und verdreckt sei. Laut den Technischen Betrieben Wilhelmshaven (TBW) sei eine Reinigung nicht so einfach. **Frau van Offern** erfragte umgehend, von wem dieser Hinweis gekommen sei. Es bestätigte sich, dass Herr Bürgermeister Reese die E-Mail an den Vorsitzenden gesandt hatte. Hierzu konnte **Frau van Offern** berichten, dass Herr Bürgermeister Reese den entsprechenden Hinweis bereits in der vergangenen Woche an den Betriebsleiter Technik bei TBW, Herrn Menke, gesandt hatte, welcher ihn umgehend an Frau van Offern weitergeleitet hatte. Sie habe eine schnellstmögliche Klärung zugesagt. Dies ebenso in einem Telefonat mit Herrn Reese persönlich in der vergangenen Woche. In diesem Telefonat habe sie Herrn Reese auch bereits ausdrücklich auf sämtliche zu prüfende Gegebenheiten wie bspw. die aktuelle Witterung hingewiesen. Es sei keine einfache Reinigung kurzfristig möglich wie von ihm angedacht. Herr Reese sei also auch aus anderen Denkmalsbereichen, zu denen er in der Vergangenheit Hinweise hatte, grds. ausreichend informiert. In der Zwischenzeit habe Frau van Offern aus alten Vorgängen zum Gotthilf-Hagen-Platz ersehen können, dass bereits Anfang 2016 ein gleichgelagerter Zustand gegeben war. Seinerzeit habe der beauftragte Steinmetz mitgeteilt, für eine Reinigung sei u. a. eine konstante Außentemperatur von mind. 10 Grad - auch nachts - erforderlich. Diese Information habe sie bisher leider noch nicht Herrn Reese zukommen lassen können.

Herr Dr. von Teichman sprach das Thema „Denkmal für die Novemberrevolution 1918“ an. Er berichtete, aus berufenem Munde gehört zu haben, dass es nicht

unerhebliche Schwierigkeiten geben würde, das Denkmal zu errichten, da anlässlich einer Begehung keine klare Meinung zu der Grundstücksfrage bestanden habe. **Frau van Offern** konnte diese Information nicht bestätigen. Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, ebenfalls nicht. Stadtbaurat Leinert habe ihm gegenüber bestätigt, dass alles klar sei. Der Teil des Grundstückes, der für das Denkmal vorgesehen sei, sei entsprechend auch gegenüber dem Käufer ausgegrenzt worden. Lediglich die Gestaltung des Umfeldes sei noch nicht bekannt.
Herr Dr. von Teichman wollte klar wissen, ob man sicher sein könne, zur Denkmalseinweihung am 10.11.2018 alles fertig zu haben. **Frau van Offern** konnte nichts Gegenteiliges mitteilen. **Frau Winkel-Fiedelak** bot an, zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Kultur weitergehende Informationen soweit möglich bereitzustellen.

Herr Dr. von Teichman erfragte als nächstes den Stand der Planungen zum Jubiläumsjahr 2019: wer mache was, ob es eine Arbeitsgruppe gebe, ob es Geld gebe, wer die Planungen mache. Er wolle gerne wissen, was die Stadt als solche vorhabe.

Herr Diers erläuterte, dass man innerhalb einer gegründeten Arbeitsgruppe im Gespräch sei. Man habe nochmal geschaut und es gebe eigentlich keine klare Entscheidung, wer für was zuständig sei - auch nicht in der Gesellschafterversammlung. Eine richtige Verantwortlichkeit sei nicht entschieden worden. Es gebe Ideen und Etats – ob diese ausreichen würden, könne man nicht sagen. Sponsoren müssten eingeworben werden. Er sprach sich für eine klare Ansage zu den Zuständigkeiten aus. Natürlich wolle die WTF nichts alleine machen und brauche auch das „Kulturamt“ dazu.

Frau Winkel-Fiedelak bestätigte, dass die Verwaltung eigene Veranstaltungen geplant habe, es ansonsten aber so sei wie Herr Diers es geschildert habe.

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, erfragte, ob es denn Thema in der Gesellschafterversammlung gewesen sei. **Herr Dr. von Teichman** teilte mit, dass nur der Tag der Niedersachsen im Etat der WTF mit Geld hinterlegt wäre. Er bat die Verwaltung zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Kultur deutlich zu machen, was man 2019 alles machen wolle. **Frau Winkel-Fiedelak** erläuterte, dass der richtige Ort, diese Fragen zu besprechen, der Rat sei. Dies unterstützte der Vorsitzende, **Herr Jacques**, damit man nicht bei vorheriger Hinzuziehung sämtlicher Ausschüsse unnötig Zeit verliere. **Frau Glaser** bat darum, zur übernächsten Ratssitzung im März 2018 um entsprechende Informationen.

Der Vorsitzende, **Herr Jacques**, bedankte sich bei allen Anwesenden und schloss den öffentlichen Teil der Sitzung.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:50 Uhr

gez.	gez.	gez.
Marion Winkel-Fiedelak Referatsleiterin	Howard Jacques Vorsitzender	Julia van Offern Protokollführerin